Der Kreistag des Rhein-Sieg-Kreises fordert die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen auf, die nachstehenden Anregungen zu berücksichtigen:

- 1. durch eine umweltrelevante Konzentration und Vereinheitlichung der Fördermittel zum Bodenschutz sicherzustellen, dass die knappen Ressourcen effektiv für die Gefahrenabwehr und ohne bürokratische Hemmnisse eingesetzt werden können;**
- 2. die im Rahmen der Datenermittlung von den Landesbehörden in immer umfangreichem Rahmen geforderten Informationswünsche auf das zwingend notwendige Maß zu begrenzen;**
- 3. die Förderschwerpunkte in verstärktem Maße an dem kommunalen Bedarf zu orientieren und ein entsprechendes Mitspracherecht der öffentlichen Hand bei Festsetzung der Fördermaßnahmen entsprechend der öffentlichen Zuschussanteile beim Altlastensanierungs- und Altlastenaufbereitungsverband NRW (AAV) sicherzustellen;**
- 4. Überarbeitung der Zuständigkeiten des technischen Umweltschutzes mit dem Ziel, einer Behörde die Verantwortung für alle genehmigungsrechtlichen Fragestellungen an einem Standort zuzuweisen.**